

Gedanken zum 1. August

Ansprache an der Bundesfeier 2011 der Stadt Dietikon

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Liebe Dietikerinnen und Dietiker
Liebe Gäste

Vorab möchte ich mich ganz herzlich für die Einladung an Ihre Bundesfeier bedanken. Es ist mir eine grosse Ehre, heute ein paar besinnliche Worte zum Nationalfeiertag und zur Befindlichkeit unseres Landes an Sie richten zu dürfen, nicht zuletzt auch, weil ich mich meiner Heimatstadt Dietikon persönlich besonders verbunden fühle.

Der 15. Juli – zufälligerweise mein Geburtstag - hat für die Schweiz eine wichtige historische Bedeutung. Am 15. Juli 1291 starb nämlich Rudolf I. von Habsburg, der erste Habsburger, der jemals den Thron des Heiligen Römischen Reiches bestiegen hatte. Er starb in Speyer und im dortigen Dom liegt er bis auf den heutigen Tag begraben.

Das mit dem Tod von Rudolf von Habsburg entstandene **Machtvakuum** nutzten die drei Talschaften Uri, Schwyz und Unterwalden blitzartig aus. Sie hatten nämlich von dem ebenso cleveren wie raffgierigen König genug. Und auch von seiner Familie. Ohne Telefon, ohne E-Mail, ohne SMS und auch ohne Facebook wurde bereits 14 Tage später am Vierwaldstättersee ein Bund von drei demokratischen Tälern Wirklichkeit. Der einfache und klare Zweck dieses Bundes ergibt sich aus dem Bundesbrief von 1291, einer optisch völlig unscheinbaren Urkunde, die rechtshistorisch übrigens als Landfrieden gilt.

Der Bundesbrief äussert sich sehr deutlich. Er sagt: Fürsten brauchen wir keine mehr, wir besorgen unsere politischen, gerichtlichen und militärischen Angelegenheiten in Zukunft selber. Der gegenseitige Beistandspakt gilt gegen alle und jeden, auch gegen den Papst und den Kaiser!

Genau daran sollten wir uns am 1. August erinnern. Denn das ist das nach wie vor gültige Vermächtnis der Männer und Frauen von 1291, ja, auch der Frauen, denn ohne den Rat der Stauffacherin, so lehrt uns die Überlieferung, wäre die Eidgenossenschaft nie entstanden.

Es muss nicht alles 720 Jahre halten wie der Bund von 1291. Aber wir sollten uns doch während des Jahres immer wieder erinnern, was uns am 1. August zusammengeführt hat. Wir sollten an das **Verbindende** denken, auch wo uns Trennendes gegeneinander aufbringt. Wir sollten uns daran erinnern, dass **gemeinsame Hilfe in gemeinsamer Not dieses Land geschaffen hat und dass wir aufgerufen sind, dazu Sorge**

zu tragen, damit unsere Kinder in Zukunft an dieser Stelle so frei, so stolz, so fröhlich feiern können, wie wir das heute tun!

„**Wer nicht weiss, woher er kommt, weiss auch nicht, wohin er geht**“. Dieses geflügelte Wort gilt für jeden Einzelnen von uns. Es gilt aber ebenso für unser Land. Viele wertvolle, insbesondere auch politische Traditionen haben unser Land tief geprägt. Wir alle wissen aber, dass **Traditionen nur überleben, wenn sie gelebt werden und sich weiterentwickeln**. Zudem müssen Traditionen von Generation zu Generation übertragen werden. Der englische Staatsmann Thomas Morus hat schon vor Jahrhunderten gesagt: „**Tradition ist nicht das Halten der Asche, sondern das Weitergeben der Flamme.**“ Zu diesem Prozess gehört aber auch, dass man sich mit Fehlentwicklungen – also mit Traditionsbrüchen – auseinandersetzt und notfalls Korrekturen anbringt.

Die **direkte Demokratie** und das **Zusammenwirken der drei Staatsgewalten** Legislative, Exekutive und Justiz ist eine solche **typisch schweizerische Tradition**. Sie macht im wesentlichen auch den vielbelächelten aber ebenso vielbewunderten historischen **Sonderfall Schweiz** aus.

Wenn man die aktuelle Situation bei den drei Staatsgewalten betrachtet, stellt man einige tiefgreifende Veränderungen fest, die das zerbrechliche Gleichgewicht der drei Gewalten immer mehr durcheinanderbringen und unserem Land so grossen Schaden zufügen könnten.

Bundesparlament und Kantonsparlamente verlieren in ihrem Kernkompetenzbereich – der Gesetzgebung – deutlich an Einfluss. Den Fahrplan bestimmen immer mehr Regierung und Verwaltung, die als Profis über einen deutlichen Informationsvorsprung verfügen und die Volksvertretung mit zahlreichen Gesetzesentwürfen und Beschlussanträgen regelrecht überfluten. Der dicht gedrängte Sitzungskalender führt dazu, dass die Volksvertretung die Tragweite ihrer Entscheide teilweise nicht mehr zu erkennen vermag und die neuen Gesetze das Parlament schlecht durchdacht, lückenhaft und bereits revisionsbedürftig verlassen. Dadurch wird der Vollzugsapparat gestärkt und die Gerichte immer mehr beschäftigt. **Regierung, Verwaltung und Justiz übernehmen so faktisch Aufgaben des überforderten Gesetzgebers.**

Dazu kommt, dass immer mehr **Volksvertreter nur vordergründig und vor den Wahlen die Interessen ihrer Wählerschaft vertreten**. Ein Ostschweizer Komiker hat diesen Umstand vor einigen Jahren mit dem treffenden Bild umschrieben: „Politiker sind wie Möwen; vor den Wahlen fressen sie Dir aus der Hand und nach den Wahlen scheissen sie Dir auf den Kopf!“. Oder wie die Inschrift bei einem Weingut an der Mosel festhält: „Viele Politiker sind wie der Wein: Man merkt erst hinterher, welche Flasche man gewählt hat!“

In den USA sitzen die Lobbyisten in den Vorzimmern des Kongresses, in der Schweiz sitzen immer mehr **Lobbyisten** als sog. Volksvertreter direkt **im Ratssaal** und engagieren sich ungeniert für Partikularinteressen. Immer häufiger lassen sich Parlamentarier unverschämterweise sogar direkt von ihren Auftraggebern anstellen und offiziell bezahlen. Wen wundert es da, dass viele ordnungspolitisch motivierte Vorlagen die parlamentarischen Beratungen als zahnlose Tiger verlassen oder gar gänzlich scheitern.

In zehn Jahren Parlamentsarbeit habe ich genau einmal die ersatzlose Streichung eines Gesetzes erlebt. Viele Politiker prangern zwar die **Gesetzesflut** wortgewaltig an und versprechen weniger Gesetze und mehr administrative Entlastungen. Im Ratssaal tun sie dann aber tagtäglich genau das Gegenteil. Diese Wortbrüchigen täten gut daran, sich an den Worten des römischen Historikers und Politikers Tacitus zu orientieren, der schon vor rund 2000 Jahren treffend festhielt: „Corruptissima re publica plurimae leges – Je verdorbener der Staat, desto mehr Gesetze hat er!“

Die Gesetzesflut führt aber auch dazu, dass der Bürger die zahlreichen gesetzlichen Bestimmungen gar nicht mehr kennen kann. Wer aber Gesetze nicht kennt, verstösst ohne Unrechtsbewusstsein dagegen. Wird der Bürger dann bestraft, fühlt er sich vom Staat ungerecht behandelt. Er reagiert mit Ohnmacht, Verärgerung und Aggression gegen die vermeintliche staatliche Willkür.

Die Lebensferne und die elitäre Abgehobenheit der Politik hat ein ungesundes Mass erreicht. So verwundert denn auch die wachsende Zahl der sog. „Wutbürger“ nicht. Damit sind die Frustrierten und Alleingelassenen gemeint, die sich im normalen Politspektrum nicht mehr wiederfinden und in ihrem Zorn zu blindwütigen Gesetzesbrechern werden.

Eine problematische Rolle spielen in diesem Zusammenhang häufig auch die **Medien**. Statt als **faktisch vierte Staatsgewalt** allen politischen Akteuren kritisch auf die Finger zu schauen, verbrüdern sie sich lieber mit der Regierung. Es gibt wohl keine andere Demokratie, wo Medien so wenig Distanz zur Regierung haben wie in der Schweiz. Wenn man nämlich die Regierungsvorlagen der letzten Jahrzehnte durchgeht, stellt man fest, dass nur eine einzige nicht die breite Unterstützung der Schweizer Medien erhielt. Das war das Steuer-/AHV-Paket von 2004. Das ist nicht mehr Regierungstreue, sondern bereits **Regierungsblindheit**.

Weil **journalistische Recherchen** kostspielig sind, verzichten viele Schweizer Medien gern darauf und lassen sich zu – in jedem Sinn des Wortes – **billigem Schlagzeilenjournalismus** hinreissen. Charakterlich

minderwertige oder geschäftlich fragwürdige Politiker werden je nach politischer Positionierung, Parteizugehörigkeit und persönlicher Nähe zum entsprechenden Journalisten entweder undifferenziert und ohne vorherige Anhörung in die Pfanne gehauen oder dann entgegen jeder journalistischen Sorgfalt verschont. Ganz am Rande sei erwähnt, dass die fortschreitende **Medienkonzentration** und die damit immer mehr fehlende Konkurrenz dieses Problem noch verschärft. Glücklicherweise erlaubt es das Internet, vom Mainstream abweichende Meinungen kostengünstig zu einem stetig wachsenden, kritischen Publikum zu transportieren.

Obwohl wir im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten vergleichsweise gut dastehen, wäre es völlig blauäugig zu behaupten, die Schweiz habe heute keine ernsthaften Probleme. Schon seit Jahren und immer wieder von neuem finden **ausländische Angriffe und Druckversuche auf die Schweiz** statt. **Ziel** ist immer das **prall gefüllte Sparschwein „Schweiz“**. Was mit den sogenannten nachrichtenlosen Vermögen und mit dem Solidaritätsfonds für die Opfer vom Holocaust begonnen hatte, fand seine Fortsetzung im Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU, in den Kohäsionsbeitragszahlungen an die EU-Oststaaten, in der Personenfreizügigkeit mit der EU und in den permanenten Angriffen von USA und EU auf das Bankkundengeheimnis und das schweizerische Steuersystem. Und nicht zu vergessen: Die kürzlichen Zahlungen in zweistelliger Milliardenhöhe an den internationalen Währungsfonds IWF, wo das Schweizer Volk einmal mehr nichts zu sagen hatte. **Die Schweiz ist erpressbar geworden**, weil viele Politiker unser Land sträflich von seiner historischen Rolle als neutraler Kleinstaat lösen und im Konzert der Grossen mitspielen wollen.

Die Schweiz ist über Jahrhunderte hinweg weitgehend vor grossen Kriegsoffern verschont geblieben. Aber jetzt sind wir mitten in einem grossen **Wirtschaftskrieg mit brutalen Verteilungskämpfen**. Auslöffeln werden diese Suppe aber nicht diejenigen, welche diese Suppe eingebracht haben: nämlich kriminelle Finanzakrobaten, geldgierige Manager oder geltungssüchtige, sich nach allen Seiten verbeugende Politiker. **Wir alle, allen voran der Mittelstand und das Gewerbe, werden diese Suppe auslöffeln müssen.**

Dabei ist es so einfach zu begreifen, warum wir von allen Seiten angegriffen werden. Unser freiheitliches System, in dem wir Bürger selber bestimmen, wie viel Geld wir den Politikern zur Verfügung stellen – wie hoch also die Steuern sind - und unser wirtschaftlicher Erfolg wecken nach aussen Konkurrenzangst und Neid. Es ist wie im Fussball: **Wir werden nur angegriffen, weil wir am Ball sind!**

In der heutigen ernstesten Situation bräuchte unser Land eine starke Führung und nicht eine kuschende Landesregierung, die mit ihrem Zickzackkurs häufig einen recht erbärmlichen Eindruck macht.

Wer glaubt, die **Finanzkrise** sei grösstenteils ausgestanden, irrt gewaltig. Allerdings lässt sich die Frankenstärke nicht mit einer Anbindung des Schweizer Frankens an den EURO, Negativzinsen, Devisenmarktinterventionen oder ähnlichen untauglichen Mitteln bekämpfen. Man muss die **Finanzmärkte** zwar **spielen lassen**, aber dafür **Missbräuche** umso rigoroser **bekämpfen**.

Wir werden nicht darum herumkommen, **Finanzderivate und Hedgefonds gezielt einzuschränken**, die mit minimalstem Eigenmitteleinsatz die Finanzmärkte in spekulativer Weise massiv zu beeinflussen versuchen. Wir müssen den Kampf gegen gewissenlose Bonijäger und Finanzjongleure aufnehmen, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern und keinen Mehrwert schaffen; das sind die **Raubritter des 21. Jahrhunderts**. **Die internationale Finanzindustrie hat überhaupt nichts aus der aktuellen Finanzkrise gelernt**. Wenn die Politik nicht endlich rigoros durchgreift, ist die nächste, noch viel schlimmere Finanzkrise vorprogrammiert. UBS-Manager Cabiavetta musste seinerzeit wegen einer Milliarde den Hut nehmen, Ospel wegen 50 Milliarden und der Chef der Schweizerischen Nationalbank ist trotz völlig verpuffter Finanzmarktinterventionen von 200 Milliarden Franken samt seinem Direktorium immer noch im Amt. Hildebrand und seine Direktoriumsmitglieder haben der Schweiz grossen materiellen Schaden zugefügt. Aber die Politik sitzt das Problem wie gewohnt aus...

Es ist offensichtlich, dass die massive und schnelle Abwertung von US-Dollar und EURO gegenüber dem Schweizer Franken die schweizerische Exportindustrie und die Tourismusbranche vor grosse Herausforderungen stellt. Aber es wäre falsch, nun deswegen in Panik und kurzfristigen Aktionismus zu verfallen. Ich bin überzeugt davon, dass diese kurzfristige Bedrohung einen **grossen Innovationsschub** und eine **massive Qualitätsverbesserung** in den betroffenen Volkswirtschaftsbereichen auslösen wird.

Ich war letzte Woche mit meiner Familie auf vielseitigen Wunsch unserer Jungmannschaft – übrigens nach vier Jahren Schweizer Ferien - wieder einmal am Meer und zwar in Griechenland. Wir staunten nicht schlecht, als wir auf dem Morgenbuffet ausschliesslich Schweizer Konfitüre von Hero Lenzburg vorfanden. Das zeigt doch auf eindrückliche Art, dass sich die Schweiz international selbst bei äusserst einfachen Produkten mit erstklassiger Qualität durchsetzen kann.

Auch wenn die Frankenstärke eigentlich ein erfreuliches Vertrauenszeichen der Finanzmärkte ist, muss die Politik mithelfen, die negativen Folgen zu dämpfen. Das fängt bei den Importen an, wo marktmächtige Importeure die Währungsgewinne für sich behalten und Zwischenhändler wie Konsumenten weitgehend leer ausgehen. Das ist – um es deutsch

und deutlich zu sagen - eine riesige Schweinerei! So ist es nicht verwunderlich, wenn zahlreiche Konsumenten mit den Füßen abstimmen und z.B. im Juni 2011 die Fahrzeugverkäufe in der Schweiz deutlich zurückgingen.

Ich rufe Sie auf, **möglichst viele Produkte und Dienstleistungen in der Schweiz zu kaufen**. Sie unterstützen damit aber nicht einfach selbstlos unser einheimisches Gewerbe. Sie sichern Ihren **Arbeitsplatz** oder Ihre **AVH-Rente** und die **Lehrstellen** unserer Kinder! Ist das nicht Grund genug?

Als mittelständischer Unternehmer und Gewerbeverbandspräsident erwarte ich vom Staat **keine Subventionen sondern möglichst viel unternehmerischen Freiraum**. Das bedeutet im Klartext: **weniger Gesetze, weniger administrative Belastungen sowie tiefe Steuern und Abgaben!** Das hält die schweizerischen Unternehmungen konkurrenzfähig im internationalen Wettbewerb. Grüne, SP, GLP und EVP wollen die **Erbschaftssteuer** einführen bzw. wiedereinführen. Diese Forderungen sind **gewerbe- und mittelstandsfeindlich**. Sie erschweren den Übergang mittelständischer Unternehmungen auf die nächste Generation und gefährden damit viele Arbeitsplätze.

Erlauben Sie mir, dass ich mich auch zur **Zuwanderungsproblematik aus gewerblicher Sicht** äussere. Die Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit bereitet nach wie vor grosse Mühe. Die flankierenden Massnahmen können nur einen beschränkten Teil der Missbräuche, nur die Spitze des Eisbergs, verhindern. Eine **mittelfristig massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen** ist damit **unabwendbar**. Im Gespräch mit Unternehmern stellt man denn auch fest, dass die flankierenden Massnahmen den Arbeitnehmenden zwar einen beschränkten Schutz vor der Verletzung von Mindestlöhnen bieten. Aber gleichzeitig sinken die Durchschnittslöhne schleichend und unaufhaltsam, indem bei der Neubesetzung von Stellen ein deutlich tieferer Lohn ausgehandelt wird. Die volkswirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung werden nicht ausbleiben.

Das durch die Personenfreizügigkeit teilweise verursachte faktische Überangebot an Arbeitskräften trifft nicht die aggressiven Unternehmen, welche Leute zu Dumpinglöhnen einstellen, sondern die anständigen Unternehmen, die sich an die Gesetze halten und die margenmässig so immer mehr unter Druck geraten.

Mehr Einwanderung bringt langfristig nicht automatisch mehr Wirtschaftswachstum und mehr Wohlstand für alle. Heute bauen Einwanderer Wohnungen für andere Einwanderer, ausländisches Pflegepersonal pflegt andere Ausländer. Ein derartiges quantitatives Wirt-

schaftswachstum ist ein klassisches Strohfeuer und verschleisst Unmengen unserer begrenzten natürlichen Ressourcen.

Die Politik weicht der Frage feige aus, wie viele Menschen unser Land erträgt. Wer ein Bevölkerungswachstum von jährlich gegen 100'000 Menschen hinnimmt, muss sich die Fragen gefallen lassen, ob er zusätzliche Kernkraftwerke will, wie der CO2-Ausstoss gesenkt werden soll, wie dem weiteren Landverschleiss begegnet werden kann, wie die riesigen Investitionen in zusätzliche Infrastrukturen und deren Unterhalt zu finanzieren sind, wie Nahrungsmittel für immer mehr Menschen auf immer weniger Fläche produziert werden sollen.

Unser Land hat in der Vergangenheit mit einer geschickt gesteuerten, massvollen Einwanderung gute Erfahrungen gemacht. Aber jetzt ist uns die **Einwanderung** mit der Personenfreizügigkeit und dem Recht auf Familiennachzug **völlig aus dem Ruder gelaufen. Das müssen wir korrigieren.** Die äusserst attraktive Schweiz hätte nämlich beste Karten im weltweiten Poker um die qualifiziertesten Einwanderer.

Der 1. August ist das Fest der patriotischen Schweizer. Es ist der Tag, der zeigt, dass es etwas gibt, was die Schweizer aller Kantone und Sprachen eint, trotz aller Widersprüche im politischen Alltag und trotz aller Unterschiede im Verhältnis zu den Staaten, die uns umgeben. Es ist der **Stolz auf die gemeinsame Geschichte.** Und es ist der **Stolz auf eine freiheitliche Staatsform, in der man in Frieden leben kann und wo man den andern in Frieden leben lässt, ohne sich in die Händel der Grossen einzumischen.** Unsere Politiker täten gut daran, sich vermehrt am weitsichtigen und zeitlosen Gedankengut unseres Landespatrons Niklaus von Flüe zu orientieren.

Besinnen wir uns also immer wieder zurück auf die **Grundwerte unseres Landes.** Konzentrieren wir uns auf die Qualitäten, die unser Land stark gemacht haben, so etwa die **Unabhängigkeit und Neutralität,** der **Schutz des Privateigentums** oder die **freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.** Und wenn die Politiker diese Ziele immer wieder aus den Augen verlieren, müssen ihnen die Bürgerinnen und Bürger – also wir alle - den richtigen Weg weisen. Das ist jeweils der Moment, in dem der **Bürger** – wie der Schneidermeister Hediger in Gottfried Kellers Novelle „Das Fähnlein der sieben Aufrechten“ sagt – **vor das Haus treten und selber zum Rechten schauen muss.** Glücklicherweise haben wir noch eine Staatsform, die von unten nach oben organisiert ist. **Wenn die Classe politique oben Mist baut, greift das Volk unten ein.** So hat sich unser Land immer wieder aufgefangen! **Unsere direkte Demokratie erlaubt zum Glück die laufende Korrektur von Missständen.**

Mit dem Stimm- und Wahlzettel haben wir immer wieder die Möglichkeit, etwas zu verändern. Machen wir, machen Sie davon Gebrauch! Gestal-

ten wir doch unser Land wieder. So wie es die Gründer der Schweiz vor über 700 Jahren mit langfristigem Erfolg gemacht haben. Stehen wir zusammen und erreichen wir gemeinsam Ziele, für uns, für unsere Familien und für unser Land. **Das Engagement jedes Einzelnen ist der Sauerstoff, den jede auch noch so kleine Gemeinschaft zum Leben und zum Überleben braucht.** Nehmen wir darum - jede und jeder nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten - unsere **Verantwortung in Familie und Vereinen, am Arbeitsplatz und in Staat und Gesellschaft** wahr. Damit meine ich die **tagtägliche Pflichterfüllung** in der Gemeinschaft, das Zurückstellen von eigenen Bedürfnissen und Wünschen zugunsten der Gemeinschaft, die uns dafür auch in schlechten Zeiten solidarisch trägt. Lassen Sie uns tagtäglich nach dem **Schweizer Motto** leben, das man unter der Bundeshauskuppel in Bern in lateinischer Sprache lesen kann:

Unus pro omnibus, omnes pro uno – Einer für alle, alle für einen!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns allen einen besinnlichen, aber auch einen zuversichtlichen, fröhlichen 1. August.

1. August 2011

Gregor Biffiger, Berikon

Präsident Gewerbeverband Limmattal, Grossrat